



NEUE GEMEINDE

www.gvvgld.at

info



Gemeindefinanzen: GVV fordert zügige Umsetzung der Grundsteuerreform, ÖVP-Länderblockade schadet den Gemeinden Seite 3

Gemeindegesetzbuchpaket beschlossen: Novelle erleichtert die kommunale Arbeit und vereinfacht Verfahren S. 7

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen besinnliche Feiertage und alles Gute für 2026!

Initiative des GVV Burgenland: 122 burgenländische Gemeinden erhalten 2026 insgesamt 11,083 Mio. Euro aus dem Strukturfonds S. 9

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Unsere Gemeinden sind das Fundament unseres Landes

**Sehr geschätzte Bürgermeisterinnen, sehr geschätzte Bürgermeister!
Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!**

Die aktuellen Entwicklungen bei den Gemeindefinanzen stellen uns alle vor große Herausforderungen. Die steigenden Kosten für Pflichtaufgaben, die Teuerung und die sinkenden Nettoertragsanteile belasten unsere Budgets massiv. Viele Gemeinden kämpfen mittlerweile nicht mehr nur um Gestaltungsspielräume, sondern um die Sicherstellung der Grundversorgung.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, diese Situation klar anzusprechen und Lösungen einzufordern. Als Interessensvertretung machen wir vom Gemeindevertreterverband das mit Seriosität und mit Hartnäckigkeit. Wir brauchen eine faire und nachhaltige

Finanzierung, die es den Gemeinden ermöglicht, ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen! So wie dies auch in der Bundesfinanzverfassung festgelegt ist. Aus unserer Sicht muss auch eine Entflechtung der Zuständigkeiten sowie eine stärkere Unterstützung durch den Bund für die Gemeinden im Finanzausgleich verankert werden. Ein Reform der Grundsteuer muss in jedem Fall kommen! Und, weil bereits schon seit 40 Jahren die Grundsteuerbemessung nicht angepasst wurde, muss eine kurzfristige Anhebung des Hebesatzes erfolgen, auch wenn noch einige ÖVP-Landeshauptleute blockieren.

Die Gemeinden sind das Fundament unseres Landes. Wenn dieses Fundament bröckelt, leidet die gesamte Gesellschaft. Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Gemeinden nicht zu Bittstellern werden, sondern als starke Partner in der öffentlichen Verwaltung anerkannt bleiben. Dazu ist es sicherlich auch erforderlich, dass die Opposition im Landtag ihre parteipolitischen Spiele auf dem Rücken der Gemeinden endlich beenden und konstruktiv mit unserem Landeshauptmann, dem Gemeindereferenten und den Gemeindevertretern an einen Strang ziehen.

Gemeinsam können wir diese schwierige Zeit meistern – mit klarer Stimme, geschlossenem Auftreten und dem festen Willen, für unsere Gemeinden einzustehen!

In diesem Sinne bedanke ich mich für eure Zusammenarbeit und euer Verständnis sowie für euren großartigen Einsatz für unsere Gemeinden. Jedenfalls wünsche ich euch auch weiterhin viel Kraft und Zuversicht im neuen Jahr sowie ein frohes Weihnachtsfest.

Mit besten Grüßen

Euer

Erich Trummer, GVV Präsident

Die Steuer auf Grundstücke, eine wichtige Einnahmenquelle für Gemeinden, ist seit dem Jahr 1975 nicht mehr angepasst worden

Foto: GVV Burgenland



Trummer: „Reform der Grundsteuer muss kommen“

Durch die KöSt-Senkung, jahrzehntelanges Ausbleiben einer Anpassung der Grundsteuer, sinkenden Steuereinnahmen und zahlreiche weitere Belastungen, stehen viele Städte und Gemeinden vor einer sehr angespannten Budgetsituation. „Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Gemeindefinanzen wäre eine Reform der Grundsteuer. Diese muss zügig umgesetzt werden“, stellt GVV Präsident Erich Trummer klar. Aktuell blockieren aber einige ÖVP Landeshauptleute die überfällige Grundsteuerreform, ähnlich wie der ÖVP Landtagsklub im Burgenland das Gemeindefinanzpaket.

„Die Grundsteuereinnahmen sind seit den 1970er-Jahren massiv gesunken, da die Grundsteuer seit Jahrzehnten nicht mehr angehoben wurde. Im Jahr 1975 lag der Anteil der Grundsteuer bei 0,3 Prozent am BIP, im Jahr 2023 nur mehr bei 0,16 Prozent. Diese massive Differenz fehlt den Gemeinden“, erklärt Trummer, der seit Jahren gemeinsam mit dem Österr. Gemeindebund – wo er als Vizepräsident amtiert – für eine Reform der Grundsteuer kämpft. Diese Reform ist auch im FAG 2024 von der Bundesregierung, den Landeshauptleuten und dem Gemeindebund festgeschrieben worden. Zur nachhaltigen Finanzierung der kommunalen Struktur wie Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindergärten, Nachmittagsbetreuung), Infrastruktur, Gesundheitseinrichtungen und Freizeitinstitutionen sowie Schwimmbäder, Sportplätze usw. müsse es auch die notwendigen Mittel geben, sagt Trummer: „Sonst stehen wertvolle soziale Einrichtungen in den Kommunen vor dem Aus. Es sind nicht nur wichtige Einnahmen für die Gemeinden weniger geworden, sondern gleichzeitig werden die Städte und Gemeinden auch mit immer höheren Kos-

ten vor allem im Bereich Gesundheit, Bildung und Jugend- & Sozialhilfe belastet. So kann es nicht weiter gehen!“ Daher ist eine Reform der Grundsteuer zügig umzusetzen und zeitgemäß anzupassen, fordert Trummer: „Kurzfristig wäre eine Erhöhung der Grundsteuereinnahmen durch die Anhebung des Hebesatzes möglich. Hier könnten wir uns als sozialdemokratische Fraktion im Österreichischen Gemeindebund eine Anhebung von derzeit 500 Prozent auf 750 Prozent vorstellen. Damit wäre ein wichtiger Beitrag zur finanziellen Verbesserung der Städte- und Gemeindestrukturen geleistet, um kommunale Einrichtungen und Leistungen in ihrer bisherigen Qualität und Vielfalt auch für die Zukunft zu sichern! Das Volumen würde hier knapp 400 Millionen Euro österreichweit betragen.“

„Wenn ÖVP und FPÖ ihre Reformblockade nicht beenden, muss letztlich eine verfassungsrechtliche Klärung dieser Fehlentwicklung überlegt werden.“

GVV Präsident Erich Trummer

Unterstützung dafür gibt es auch in diversen Landtagen, wie zum Beispiel von der SPÖ im burgenländischen Landtag mittels Antrag. Mittel- und langfristig wird man aber um eine Reform der Grundsteuer nicht umhinkommen. Hier muss dann eine wirkliche Neubewertung der Grundstücke und Liegenschaften durch den Bund erfolgen. „Mit rein ausgabenseitigen Maßnahmen werden wir die Städte und Gemeinden nicht sanieren können, umso mehr muss unser Blick bereits jetzt auf den nächsten Finanzausgleich 2028 gerichtet sein und der Fokus auf eine ordentliche und valorisierte Liquiditäts- und Leistungssicherung der Kommunen gelegt werden!“, so Trummer.

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

VZBGM.

Johann MUHR
Deutsch Jahrndorf

70

BGM.

Thomas SCHMID
Oggau

50

BGM.

Robert KOVACS
Gattendorf

50

BGM.

Jürgen ZIMARA
Loipersdorf-Kitzladen

50

VZBGM.ⁱⁿ

Sabine KAUTZ
Raiding

30



Zur Sache!

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen! Liebe Gemeindevertreter!

In Österreich gibt es derzeit 183 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter 40 Jahre. Das sind unter 9% aller amtierenden BürgermeisterInnen und Bürgermeister. Viele Gemeinden und Städte sind mit einem zunehmenden Problem konfrontiert – nämlich dem Mangel an jungen Nachwuchskräften im Bürgermeisteramt. Immer weniger Menschen, besonders junge, interessieren sich dafür, Verantwortung in der kommunalen Führung zu übernehmen, was nicht nur die demokratische Repräsentation in Gefahr bringt, sondern auch den langfristigen Fortbestand einer effektiven, innovativen Verwaltung. Der Mangel an Nachwuchs im Bürgermeisteramt ist ein Phänomen, das sich vor allem in kleineren Gemeinden bemerkbar macht und zahlreiche Ursachen hat, die teils strukturell bedingt sind, teils gesellschaftlich und teils politisch.

Das Bürgermeisteramt ist in Österreich mit hohen Anforderungen und einem breiten Aufgabenspektrum verbunden. BürgermeisterInnen sind zentrale Akteure in der Gestaltung und Verwaltung ihrer Gemeinden und stehen tagtäglich im direkten Kontakt mit den BürgerInnen. Sie tragen eine enorme Verantwortung, da sie nicht nur die Verwaltung führen, sondern auch für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Gemeinde Sorge tragen müssen. Diese vielfältigen Aufgaben erfordern tiefes Wissen in Recht, Finanzen, Verwaltung und sozialem Engagement, kombiniert mit Kommunikationsgeschick und der Fähigkeit, Konsens zu schaffen. Doch gerade diese Komplexität des Amts schreckt viele junge Menschen ab, die das Amt als zu belastend empfinden und es vorziehen, in berufliche Felder zu gehen, die ihnen mehr Sicherheit, höhere Gehälter und bessere Aufstiegsmöglichkeiten bieten.

Zusätzlich ist das Amt des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin in Österreich häufig stark von bürokratischen Hürden geprägt. Die Gestaltungsspielräume auf kommunaler Ebene sind durch umfangreiche Regulierungen und finanzielle Beschränkungen oft stark eingeschränkt, was bedeutet, dass BürgermeisterInnen in vielen Fällen eher Verwalter sind als Gestalter. Für junge, engagierte Menschen, die Veränderung bewirken und ihre Ideen umsetzen wollen, erscheint ein Amt mit diesen bürokratischen Beschränkungen weniger attraktiv. Das Potenzial, wirklich etwas zu bewegen, scheint durch die Verflechtungen mit Landes- und Bundesvorgaben oft gehemmt, sodass politisches Engagement für viele an Reiz verliert. Auch oft in der Kritik zu stehen oder gar persönlichen Anfeindungen ausgesetzt zu sein, ist ein Mitgrund. Für viele junge Menschen ist diese Art von öffentlicher Exponiertheit und die potenzielle Konfrontation mit Anfeindungen eine große Abschreckung, da sie nicht nur die berufliche Position, sondern auch das private Umfeld belasten kann. Um die Nachwuchsprobleme im Bürgermeisteramt langfristig zu lösen, müssen Politik und Gesellschaft an einem Strang ziehen und das Amt attraktiver gestalten. Die Einführung attraktiverer Rahmenbedingungen – wie eine gerechtere Bezahlung und mehr Unterstützung durch moderne Verwaltungstechniken – könnte das Amt für junge Menschen interessanter machen. Mentoring-Programme, die es erfahrenen Bürgermeistern ermöglichen, ihr Wissen an die nächste Generation weiterzugeben, und die Förderung von politischem Interesse und Engagement in Schulen und Universitäten könnten dazu beitragen, das Bürgermeisteramt in ein neues Licht zu rücken und so das Interesse junger Menschen an dieser wichtigen Aufgabe zu stärken! Wir werden uns dafür jedenfalls mit unseren Möglichkeiten einsetzen, denn das Bürgermeisteramt spielt eine entscheidende Rolle beim Funktionieren der Gemeinden in Österreich, und der Mangel an Nachwuchskräften stellt eine ernsthafte demokratiepolitische Herausforderung dar.

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer



Im Landhaus werden Schritte zur Entbürokratisierung und Deregulierung diskutiert

Entbürokratisierung und Deregulierung: GVV vertritt Interessen der Gemeinden

Auf Initiative von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil wurde ein Prozess zur Entbürokratisierung und Deregulierung auf Verwaltungsebene gestartet. Dazu wurde ein Lenkungsausschuss eingesetzt wo Vorschläge zur Entbürokratisierung und Deregulierung gesammelt und bearbeitet werden. Der GVV hat seine Ideen eingebracht.

Die eingebrachten Ideen stammen von unterschiedlichen Teilnehmern wie Gemeinden, Interessenvertretungen und Fachabteilungen. Der GVV Burgenland hat – basierend auf einer Umfrage unter den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern – eine Reihe von Themen eingebracht. Dazu zählen:

- Vereinfachungen in der Raumplanung
- Verbesserungen bei wasserrechtlichen Genehmigungen
- effizientere Kanalanschlussverfahren

- Entlastungen im Meldewesen
- klarere und einfachere Abrechnungen zwischen Land und Gemeinden
- Anpassungen im burgenländischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz
- Regelungen zu Klimageräten in Genossenschaftswohnungen
- Schritte zu einheitlichen Verwaltungsstrukturen und besserer Datennutzung
- Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit
- Themen rund um die Feuerwehren

Die nächste Sitzung des Lenkungsausschusses ist voraussichtlich Mitte Jänner geplant. Ergebnisse sollen rasch folgen.



Bezirksausschusssitzung Bezirk Eisenstadt-Umgebung: Anfang Dezember fand in Zagersdorf die Bezirksausschusssitzung des Bezirks Eisenstadt-Umgebung statt. In Fokus stand bereits die Vorbereitungen zur Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2027 im Burgenland

Foto: GVV Burgenland

Bildungsprogramm gestartet

Mit dem Wintersemester 2025/26 hat im September ein umfangreiches Bildungsprogramm für die GVV-Funktionärinnen und Funktionäre gestartet. Gemeinsam mit der SPÖ und dem Renner Institut Burgenland sind insgesamt 27 Seminare und Webinare vorgesehen, davon wurden bereits 13 Veranstaltungen erfolgreich durchgeführt. Bisher nahmen 135 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil.

Bundeskonzferenz des GW Österreich

Die Bundeskonferenz des GVV Österreich findet am 27. Februar 2026 um 14:00 Uhr in St. Valentin (Niederösterreich) statt. Der GVV Burgenland stellt dabei 20 Delegierte. Als ständige Vertreterinnen in den Führungsgremien des GVV Österreich, wurden Bgm.ⁱⁿ Ulrike Kitzinger (Sigleß) und Bgm.ⁱⁿ Renate Habetler (Bernstein) vom GVV-Landesvorstand wiederbestellt. GVV-Präsident Erich Trummer ist Kraft seiner Funktion als SPÖ-Fraktionsführer im Österreichischen Gemeindebund mit dabei.

Interessierte GemeindevertreterInnen der SPÖ werden – bei Interesse an einer Delegierung am 27.2. – gebeten, sich rasch unter susanne.schachinger@gvvgld.at anzumelden.

Termine 2026

- **Österreichischer Städtetag in Leoben:** 10.-12. Juni 2026
- **Bürgermeisterinnentreffen in Wolfurt/Rankweil:** 12.-14. Juli 2026
- **Österreichischer Gemeindetag in Salzburg:** 1.-2. Oktober 2026

GVV legt Voranschlag für 2026 vor

Die Geschäftsstelle hat den Budgetentwurf für das Jahr 2026 vorgelegt. Der Voranschlag ist ausgeglichen.

GVV Burgenland setzt sich für die Verbesserung der Gemeindefinanzen ein

Auf Einladung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil fand am 20. Oktober 2025 erneut ein Gemeindegipfel statt. Der GVV bekräftigte dabei seine Forderung für die Entlastung der Gemeinden und die erforderliche Unterstützung der Landesregierung und des Landtages bei der Bundesregierung und in der Landeshauptleutekonferenz.

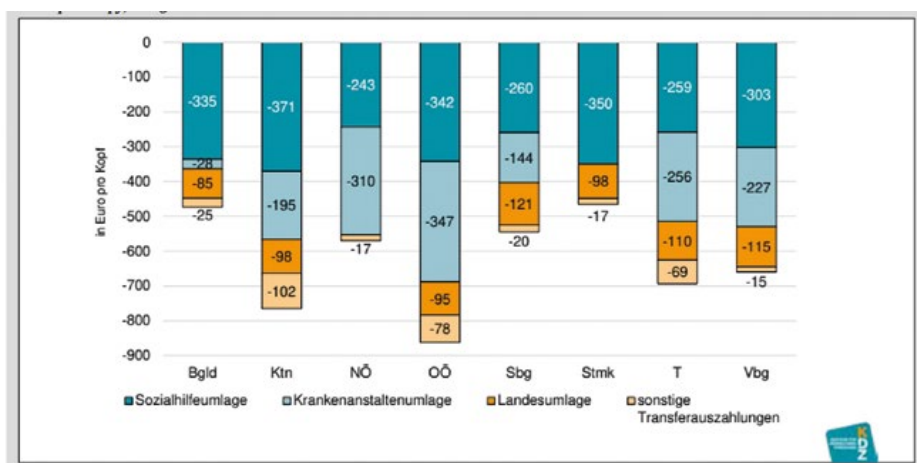
Bei dem Gespräch kommt unter anderem auch vereinbart werden, dass ein Teil der Bedarfszuweisungsmittel bereits im November ausgezahlt wird – die Überweisungen sind inzwischen erfolgt. Das stärkt die unterjährige Liquidität der Gemeinden. Durch das neue Tourismusgesetz wird es möglich sein, dass die Abzüge für den Rettungsbeitrag nächstes Jahr nicht steigen. Die Bezügeregelung des Bundes wird für Landes- und Gemeindebedienstete übernommen. Bei den BürgermeisterInnen-Bezügen hat sich der GVV für die bisherige Regelung mit Erhöhung ausgesprochen.

Weitere Maßnahmen zur Entlastung der Gemeinden sind:

- Anpassung der Landes-Kommissionsgebührenverordnung: Damit soll demnächst zum Beispiel die Kostendeckung der Standesbeamten bei Leistungen für Eheschließungen ermöglicht werden.
- Mit der Änderung der Gemeinde-Verwaltungsabgabenverordnung (zB. Verwaltungsabgaben, Bauwesen, Veranstaltungsgesetz, Leichen- und Bestattungswesen, Straßenverkehrswesen, Buschenschank usw.) sollen eine Reihe von Gebührenanpassungen, wie zum Beispiel die Kostendeckung des Totenschaubefundes und ähnliches, erfolgen.

Gespräche zu Ertragsanteilen und Abzüge-Dynamik vereinbart

Die Prognosen der Ertragsanteile sowie die Dynamik der Abzüge sollen in weiteren Gesprächen behandelt werden. Laut KDZ Studie sind die burgenländischen Gemeinden bei der Umlagenbelastung – anhand den letzten verfügbaren Vergleichszahlen – im



Transferauszahlungen und Umlagenbelastungen der Gemeinden nach Bundesland und Umlagenart in Euro pro Kopf, 2023
Quelle: KDZ

Bundesländervergleich mit durchschnittlich 473 Euro pro Kopf an letzter Stelle (siehe obenstehende Grafik).

Abzüge für Gesundheit und Soziales bundesweit massiv gestiegen

Die Abzüge für Soziales und Gesundheit sind in allen Bundesländern in den letzten Jahren massiv gestiegen. Im Burgenland haben die Gemeinden mit einer Beteiligung von 10 % der Kosten für Krankenanstalten einen vergleichsweise relativ moderaten Anstieg, während die Abzüge für Soziales aufgrund des gut ausgebauten Sozial- und Pflegeangebotes einen überdurchschnittlichen starken Anstieg verzeichnen. Gemäß der Budgetrede des Landeshauptmannes und dem vorgelegten Landesbudget 2026 sollen im Burgenland die Steigerungsraten im Bereich Soziales zurückgefahren werden.

Fest steht auch, dass auf Gemeindeebene in jedem Fall alle aktuellen Einnahmelmöglichkeiten, wie zB. Gebührenerhöhungen, ausgeschöpft und alle noch nicht zur Gänze ausgeschöpften Sparpotentiale gehoben werden müssen, um den Gemeindebetrieb gewährleisten zu können.

GVV setzt Strukturfonds durch

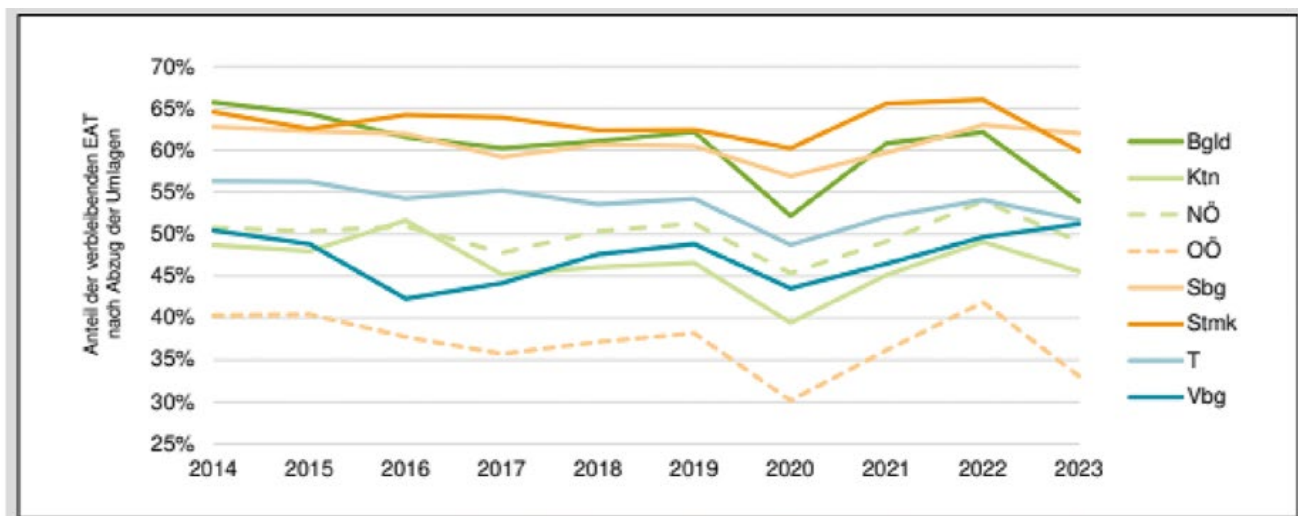
Um die Benachteiligung der burgenländischen Gemeinden im Finanzausgleich gegenüber den Gemeinden in westlichen Bundesländern zu mildern, hat der GVV Burgenland bereits im Finanzausgleich (FAG) 2017 den Strukturfonds durchgesetzt, der im FAG 2024 mit einer Verdoppelung auf 120 Millionen Euro verhandelt werden konnte.

Mit 3,3 Prozent Bevölkerungsanteil (Burgenland) bekommen im Jahr 2026 somit

Bundesländervergleich Ertragsanteile pro EW im Burgenland (niedrigst) zu Salzburg (höchst) im Jahr 2023 (in Euro)

	Bgld.	Szbg.	Differenz €	Diff. Prozent
0 - 500 EW	833	1419	-536	-38
500 - 1000 EW	889	1194	-305	-26
1001 - 2500 EW	898	1138	-240	-21
2001 - 5000 EW	888	1134	-246	-22
5001 - 10.000 EW	885	1091	-206	-19
10.001 - 20.000 EW	1213	1245	-32	-3

Entwicklung der verbleibenden Ertragsanteile nach Abzug der Umlage je Bundesland, 2014 - 2023



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 - 2023

122 burgenländischen Gemeinden 9,23 Prozent der bundesweiten Strukturfondsmittel. Diese 122 Gemeinden bekommen somit im Jahr 2026 11,1 Millionen Euro. Mehr als zwei Drittel der burgenländischen Gemeinden profitieren also überproportional von diesen

er kämpften Ausgleichsmitteln.

Aufgrund der – im Bundesländervergleich – für die burgenländischen Gemeinden sehr niedrigen Ertragsanteile Einnahmen (samt aktuell bundesweit unterinflationä-

rer Entwicklung), guter Strukturfondsmittel und eines durchschnittlich relativ günstigen Transfersaldos bleibt für die burgenländischen Gemeinden eine kumuliert negative freie Finanzspitze bei sinkender Tendenz der verbleibenden Ertragsanteile.

Gemeindegesetzbuch erleichtert kommunale Arbeit und erleichtert Verfahren

Mit breiter Mehrheit von SPÖ, ÖVP und GRÜNEN wurde in der Landtagssitzung am 16. Oktober das burgenländische Gemeindegesetzbuch 2025 beschlossen werden. Die Sammelnovelle, die auch Zwei-Drittel-Materien umfasst, bringt eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, mehr personelle Flexibilität, digitale Innovationen und rechtliche Klarstellungen.

Mit dem Gemeindegesetzbuch 2025 sollen praxisnahe Verbesserungen umgesetzt werden, die die kommunale Arbeit erleichtern, Verfahren vereinfachen und politische Beteiligung fördern. Damit wird – unter Einbeziehung der kommunalen Interessensvertretungen – mehr Handlungsspielraum bei der Bürgermeisterwahl, klare Zuständigkeiten, stärkere Gemeinderatsfraktionen und mehr Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern geschaffen. Die wichtigsten Neuerungen im Überblick:

- **Einführung der elektronischen Amtstafel (Digitalisierung und Transparenz):** Künftig können amtliche Kundmachungen nicht nur am physischen schwarzen Brett, sondern auch digital angezeigt werden – rund um die Uhr und für alle zugänglich.
- **Finanzielle Handlungsfähigkeit stärken:** Gemeinden in Haushaltskonsolidierung können künftig Kredite auch für den laufenden Betrieb aufnehmen, wenn keine andere Bedeckung besteht
- **Mehr Rechtssicherheit und Flexibilität in den Gemeinden:** Fraktionen mit mindestens einem Drittel der Mandate können künftig ein zweites Ersatzmitglied nominieren. So bleibt die Arbeitsfähigkeit der Gemeinderäte auch bei mehrfacher Verhinderung gesichert. Außerdem wird der „Bürgermeister ohne Mandat“ ermöglicht: Künftig

kann auch eine fachlich geeignete Person außerhalb des Gemeinderats zum Bürgermeister gewählt werden.

- **Anpassungen bei Aufsichts- und Verwaltungsstrukturen:** Bezirksverwaltungsbehörden können künftig Aufsichtsrechte an die Landesregierung abtreten
- **Direkte Demokratie:** Neu ist die ausdrückliche Regelung, dass über den Beschluss einer Volksabstimmung keine weitere Volksabstimmung stattfinden kann.
- **Gemeindefonds:** Das für Finanzen und Gemeinden zuständige Regierungsmitglied kann künftig ein anderes Regierungsmitglied nominieren. Zudem wird der Beirat künftig direkt beim Fonds eingerichtet. Gemeindevertreter sind dabei.

Bildungsprogramm

Wintersemester 2026

KOMMUNIKATION & POLITISCHES HANDELN

Umgang mit Emotionen

Wenn Gespräche hitzig werden und der Ton rauer. Sie bleiben ruhig und nehmen andere emotional mit.

MIT BARBARA BLAGUSZ

12.01.2026 | 18:30 Uhr | Online

KOMMUNIKATION & POLITISCHES HANDELN

Starke Einstiege, wirksame Redestarts

Der Anfang entscheidet - in jeder Rede, jeder Sitzung, jedem Gespräch. Sie gewinnen Menschen für Ihre Botschaft - von der ersten Sekunde an.

MIT BARBARA BLAGUSZ

25.02.2026 | 18:30 Uhr | Online

KOMMUNIKATION & POLITISCHES HANDELN

Social Media-Basics

Social Media verständlich starten. Wichtige Plattformen einordnen, guten Content gezielt entwickeln und verstehen, wie Algorithmen, Hashtags und Formate zusammenwirken - für einen strukturierten Einstieg.

MIT DANIEL KRAUS & MATEA NIKOLIC

09.03.2026 | 18:30 Uhr | Online

13.04.2026 | 18:30 Uhr | Online

KOMMUNIKATION & POLITISCHES HANDELN

Schwierige Gespräche zielorientiert führen

Situationen präzise wahrnehmen, Emotionen bewusst führen und mit klaren, deeskalierenden Techniken Stakeholder zielorientiert erreichen.

MIT ASTRID RUSS

18.04.2026 | 9:00 Uhr | Ort wird noch bekannt gegeben

KOMMUNIKATION & POLITISCHES HANDELN

Herausforderungen im Ehrenamt gut lösen

Neustart gestalten, ohne Konflikte hochzudrehen. Herausforderungen klar ansprechen, respektvoll steuern und Lösungen finden, die Ehrenamt und Organisation gleichermaßen tragen.

MIT WALTER HEINISCH

16.01.2026 | 17:00 Uhr | Online

GEMEINDERECHT

Rechnungsabschluss

Die zentralen Grundlagen verstehen und wissen, worauf es bei Beschlüssen und den Grundsätzen des Haushaltswesens wirklich ankommt.

MIT WOLFGANG FALB

26.01.2026 | 18:30 Uhr | Online

19.02.2026 | 18:30 Uhr | Online

KOMMUNIKATION & POLITISCHES HANDELN

Schriftlich professionell formulieren

Was Sie schriftlich sagen, wirkt doppelt - besser oder schlechter. Ihre schriftliche Kommunikation ist klar, professionell und bürgernah.

MIT BARBARA BLAGUSZ

23.03.2026 | 18:30 Uhr | Online

Jetzt anmelden!

Verbindliche Anmeldung

bitte bei Olivia Kaiser (olivia.kaiser@spoe.at) oder Michael Strass (michael.strass@spoe.at)

Strukturfonds 2026: 11,1 Millionen Euro für burgenländische Gemeinden

122 burgenländische Gemeinden erhalten im Jahr 2026 insgesamt 11,083 Millionen Euro aus dem Strukturfonds. Der im Finanzausgleichsgesetz seit 2017 auf Initiative des GVV Burgenland verankerte Fonds unterstützt strukturschwache Gemeinden gezielt. Das Burgenland profitiert dabei überdurchschnittlich: Nur 3,28 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben hier, der Anteil am Strukturfonds beträgt jedoch 9,24 Prozent.

Für GVV-Präsident Erich Trummer zeigt dieses Verhältnis klar das anhaltende West-Ost-Gefälle und die Benachteiligung im Finanzausgleich für burgenländische Gemeinden. Angesichts der angespannten Gemeindefinanzen fordert Trummer vom Bund rasche Reformen und eine faire Finanzausstattung, wie sie die Finanzverfassung vorsieht. Damit sollen die Leistungen der Gemeinden für ihre Bürgerinnen und Bürger gesichert werden.

Laut der aktuellen, vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) übermittelten gemeindeweisen Prognose der Finanzzuweisungen aus dem Strukturfonds für das Haushaltsjahr 2026, erhalten 122 burgenländische Gemeinden 11,083 Millionen Euro aus dem seit 2017 auf Initiative des GVV Burgenland im Finanzausgleichsgesetz verankerten kommunalen Unterstützungsfonds. Österreichweit werden jährlich 120 Millionen Euro an strukturschwache Gemeinden verteilt.

Seit der Einführung des Fonds sind bereits

rund 65 Millionen Euro an burgenländische Gemeinden geflossen. In den letzten Finanzausgleichsverhandlungen gelang es den Gemeindevertreterinnen und -vertretern, diesen Topf erfolgreich von 60 Millionen auf 120 Millionen Euro aufzustocken. Dass die Zahl der Gemeinden, die Mittel aus dem Strukturfonds erhalten, im Vergleich zum laufenden Jahr von 113 auf eine Höchstzahl 122 steigt und sich die Gesamtausschüttung damit um mehr als 500.000 Euro erhöht, zeigt für den GVV Burgenland, dass die strukturellen Unterschiede im Finanzausgleich weiter bestehen. Eine Burgenländerin bzw. ein Burgenländer ist in vergleichbarer Gemeindegröße durchschnittlich ein Drittel weniger wert als in westlichen Bundesländern. „Die burgenländischen Gemeinden profitieren überdurchschnittlich vom Strukturfonds – das ist ein Erfolg unserer beharrlichen Arbeit im Finanzausgleich. Gleichzeitig zeigt es, dass kleinstrukturierte Gemeinden weiterhin benachteiligt sind“, stellt Trummer fest.

Bund ist gefordert

Angesichts der seit Monaten angespannten Finanzlage der Gemeinden sieht der GVV Burgenland daher dringenden Handlungsbedarf: „Der Bund müsse die in der Finanzverfassung verankerte, finanzielle Ausstattung der Gemeinden sicherstellen und durch nachhaltige Strukturreformen ergänzen, damit die Kommunen ihre Aufgaben auch künftig im vollen Umfang erfüllen können“, fordert Trummer faire Rahmenbedingungen und eine Finanzausstattung, wie sie die Finanzverfassung vorsieht.“

SPÖ Präsidium Bezirk Mattersburg:

Anfang November war GVV Landesgeschäftsführer Herbert Marhold zu Gast beim SPÖ Präsidium des Bezirks Mattersburg zum Zwischenstand der Vorbereitungen zur GRW 2027. Im Bild: Anna Prünner, Andreas Holzer, Thomas Hoffmann, Claudia Schlager, Stefanie Fürst, Andreas Gradwohl, Gerhard Michalitsch und Laura Moser



Foto: GVV Burgenland

Stefan Wögerer wird Geschäftsführer der SPÖ Bezirksorganisation Neusiedl am See



Bezirk ND: Wögerer folgt Radlspäc

Mit 1. Jänner 2026 übernimmt Stefan Wögerer die Agenden des Bezirksgeschäftsführers in Neusiedl am See vom neuen Landesgeschäftsführer der SPÖ Burgenland, Friedrich Radlspäc. Mit Wögerer kommt ein kommunalpolitisch erfahrener Mann in die Bezirksgeschäftsführung. Aktuell ist er Vizebürgermeister von Neusiedl am See.

Trauer um Günther Fabits

Der GVV Burgenland und die SPÖ Burgenland trauern um den Ortsparteivorsitzenden und Gemeindevorstand von Halbtorn, Günther Fabits, der plötzlich und unerwartet Anfang Oktober verstarb. Mit Günther Fabits verliert die Kommunalpolitik im Burgenland und die Gesinnungsgemeinschaft der SPÖ Burgenland einen engagierten Kommunalpolitiker und Mitstreiter der sozialdemokratischen Familie im Burgenland. GVV-Präsident Erich Trummer: „Vor allem ist es aber ein großer Verlust für die Familie des Verstorbenen, der ich in dieser schweren Zeit viel Kraft wünsche! Meine Gedanken sind stellvertretend für viele KollegInnen und Mitstreiterinnen aus der Kommunalpolitik in dieser schwierigen Zeit bei ihnen“. Fabits habe für seine Heimatgemeinde Halbtorn viel geleistet, so Trummer.

Günther Fabits verstarb Anfang Oktober unerwartet





Gemeinderat Gerhard Braun, Kittsee, wurde mit dem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet



Vzbgm.ⁱⁿ a.D. Erna Furst aus Loipersbach wurde mit dem Silbernen Ehrenzeichen geehrt



Vzbgm. a.D. Karl Hombauer aus Siegendorf erhielt das Silberne Ehrenzeichen

Verdiente KommunalpolitikerInnen erhielten Landesehrungen

Auch heuer zeichnete das Land Burgenland Persönlichkeiten aus, die besondere Verdienste für das Burgenland erbracht haben. Die Festakte fanden, wie bereits im Vorjahr, im Kultur und Kongresszentrum Eisenstadt sowie im Kulturzentrum Oberschützen statt. Unter den geehrten waren wieder zahlreiche verdiente SPÖ-Kommunalpolitiker.

In Vertretung von Landeshauptmann Hans Peter Dorkozil übergeben Landesrätin Daniela Winkler in Eisenstadt und Landesrat Leonhard Schneemann die Auszeichnungen. 149 Persönlichkeiten – 71 in Oberschützen und 78 im Eisenstadt – wurde geehrt.

„Das Burgenland hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten einen großartigen Aufholprozess geschafft und ist heute Vorzeigeregion in vielen Bereichen. Die Geehrten haben sich durch herausragende Leistungen, mit einer Arbeit, die oft im Verborgenen erbracht wird, große Verdienste um das Burgenland erworben. Sie haben Verantwortung übernommen, dort wo sie gebraucht wurde. Sie packen an und gehen voran, damit andere folgen können. Durch das vorbildliche, ehrenamtliche Engagement, das weit über das erwartbare Maß hinaus geht, und ihre herausragenden Leistungen haben sie Großes für unser Heimatland Burgenland geleistet“, betonten Winkler und Schneemann.



Bürgermeister a.D. Jürgen Marx, Mörbisch, wurde mit dem Goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet. Landtagspräsidentin Astrid Eisenkopf und Landesrätin Daniela Winkler gratulierten.

Fotos: LMS



Anton Beisteiner, Gemeinderat und Gemeindevorstand in Oberrabnitz, erhielt die Goldene Medaille, die Landesräte Leonhard Schneemann und Heinrich Dorner gratulierten

Das Silberne Ehrenzeichen des Landes Burgenland erhielt Vizebgm.ⁱⁿ a.D. Martha Planer aus Heiligenkreuz.



Mit dem Silbernen Ehrenzeichen des Landes Burgenland wurde Gemeinderätin Roswitha Stranzl-Babos aus Heiligenbrunn ausgezeichnet



Das Goldene Ehrenzeichen des Landes Burgenland erhielt Bürgermeister a.D. Gert Polster Bad Tatzmannsdorf



Bgm. Kurt Wagner aus Wörterberg erhielt das Goldene Ehrenzeichen des Landes Burgenland



BESSERE ENERGIE

Energieunabhängig und nachhaltig mit den Photovoltaikanlagen SonnenMax und SonnenMarie.



burgenlandenergie.at



SPÖ Bezirksausschuss Neusiedl am See: Beim Bezirksausschuss der SPÖ Neusiedl am See, der Ende November in Mönchhof stattfand, waren SPÖ Klubobmann im Nationalrat, Philipp Kucher sowie GVV Landesgeschäftsführer Herbert Marhold zu Gast. Themen waren die aktuellen Entwicklungen im Bund, in der Landes-SPÖ und wie so oft, die finanzielle Situation der Gemeinden, die im Herbst unter schwierigen Bedingungen ihre Voranschläge für 2026 erstellen müssen. Landesgeschäftsführer Herbert Marhold betreut die Gemeinden in den Bezirken Neusiedl am See, Eisenstadt-Umgebung, Mattersburg sowie zum Teil Oberpullendorf. Landesgeschäftsführer Patrick Hafner betreut die Gemeinden in den Bezirken Oberwart, Güssing und Jennersdorf.

Foto: GVV Burgenland

Zentrale Anlaufstelle für Cybersicherheit

Das Innenministerium hat einen Gesetzesvorschlag für mehr Cybersicherheit auf den Weg gebracht. Das Netz- und Informationssicherheitsgesetz schafft einheitliche und verbindliche Regelungen, um hohe Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Vorgesehen ist unter anderem die Einrichtung einer Cybersicherheitsbehörde im Bereich des Innenministeriums.

Diese soll als zentrale Anlaufstelle für alle Cybersicherheits-Angelegenheiten dienen. Ebenso soll bestehende Expertise in einem nationalen Koordinierungszentrum für Cybersicherheit gebündelt werden. Die Novelle richtet sich an Behörden, aber auch an Unternehmen und Einrichtungen, die der kritischen Infrastruktur zuzurechnen sind, etwa Energieversorger und Lebensmittelhandel.

Im Innenausschuss des Nationalrats erhielt die Regierungsvorlage zur Verbesserung der Cybersicherheit am 5. Dezember 2025. Mit Zustimmung der Regierungsparteien sowie der Grünen war die nötige Zweidrittelmehrheit für die Abstimmung im Plenum des Nationalrates gesichert.



Gefahr aus dem Netz: Cyberkriminalität nimmt weltweit zu Foto: Thorben Wengert_pixelio.de

Staatssekretär Jörg Leichtfried (SPÖ) sieht in der Novelle, die einer EU-Richtlinie folgt, einen wichtigen Schritt in Richtung eines robusten Sicherheitsnetzes. Freilich hat man sich durchaus Zeit gelassen mit

der Novelle. Eigentlich hätte Österreich die entsprechende EU-Richtlinie schon bis Oktober 2024 umsetzen müssen. Ein Gesetzesvorschlag erreichte aber nicht die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament.



GVV Kultur- und Bildungsreise 2026

V A L E N C I A



Dienstag, 27.10.2026 bis Sonntag, 01.11.2026, 6 Tage/5 Nächte

Teilnehmerzahl: min. 20 Personen/max. 25 Personen (nach Anmeldeeingang)

Valencia – Naturpark Albufera – Weinstrasse Utiel-Requena - Valencia

Inkludierte Leistungen:

- ✓ Transfer Sammelbus ab Stegersbach zum Flughafen Schwechat und retour
- ✓ Direktflüge mit Austrian Airlines Wien – Valencia – Wien (Economy Klasse inkl. Flughafengeb.)
- ✓ Bustransfers ab/bis Flughafen Valencia und Busausflüge lt. Reiseprogramm
- ✓ **GVV-Abendessen** (Tag und Restaurant werden noch festgelegt)
- ✓ 5 Übernachtungen mit Frühstück im Hotel DWO**** [DWO Valencia | Valencia | Official website.](#)
Top Lage Nahe Zentrum und Stränden sowie Stadt der Künste und Wissenschaften; 500 m zur U-Bahnstation;
- ✓ Lokale, deutschsprachige Reiseleitung bei allen Aktivitäten laut Programm
- ✓ 2. Tag - ganztägige Besichtigung (Stadtrundfahrt und Stadtrundgang) der Altstadt in Valencia **inkl. Eintritte:** Kathedrale und Seidenbörse & 1 Glas Horchata pro Person am Ende der Tour
- ✓ 3. Tag - Bootsfahrt im Naturpark Albufera, Besuch des Fischerdorfes El Palmar, Besuch einer Barraca (typ. Lehmhäuser), **inkl. Mittagessen:** 2 Vorspeisen, Paella Valenciana & Getränke (Wein, Wasser, Kaffee, Softdrinks)
- ✓ 4. Tag - Weinstraße Utiel-Requena inkl. Weinverkostung: 3 Weine in Bodega in Requena, 3 Weine & versch. Wurstsorten in Bodega in Utiel
- ✓ 5. Tag - Besuch in Ciudad de las Artes (die berühmte Stadt der Künste und Wissenschaften – Architektur-, Kultur- und Unterhaltungskomplex) **inkl. Eintritte:** Hemisféric, Museo und Oceanográfico.
- ✓ 1., 3., 4. und 5. Tag – Nachmittag sowie 6. Tag – Vormittag zur freien Gestaltung

Flugzeiten - Flüge ab/bis Wien mit Austrian Airlines / Lufthansa

27.10.	Wien – Valencia	10:00 – 12:40 Uhr	OS 431
01.11.	Valencia – Wien	13:25 – 16:00 Uhr	OS 432

Preis:

Pauschalpreis pro Person im Doppelzimmer:

€ 1.550,-

Einzelzimmerzuschlag:

€ 390,-

Mindestteilnehmerzahl:

20 Personen

Stornobedingungen:

Die Reise findet nur ab 20 TeilnehmerInnen statt! Ab Buchung bis 60. Tag vor Reiseantritt 25%; ab 59. bis 30. Tag vor Reiseantritt 50%; ab 29. bis 16. Tag vor Reiseantritt 75%; ab 15 Tage vor Abreise 100%. (% vom Gesamtpreis)

ES WIRD EMPFOHLEN EINE STORNOVERSICHERUNG ABZUSCHLIESSEN!

Anmeldeschluss: 23.01.2026

Anmeldungen bitte unter: susanne.schachinger@gvvbgld.at



Landesgeschäftsführersitzung des Österreichischen Gemeindebundes in Eisenstadt: Zu einer turnusmäßigen Sitzung im Burgenland kamen die Landesgeschäftsführer aller österreichischen Gemeindevertreterverbände und Gemeindebünde zusammen. Themen waren die Reformpartnerschaft, die finanzielle Situation der Gemeinden sowie die Grundsteuerreform. Einige andere Themen wie EEDIII, AKM sowie Stabilitätspakt wurden ebenfalls andiskutiert. Das Gremium der Landesgeschäftsführer des Österreichischen Gemeindebundes trifft sich regelmäßig in verschiedenen Bundesländern, um die Sitzungen des Präsidiums vorzubereiten. Am Vortag fand ebenfalls eine Tagung zum Informationsfreiheitsgesetz statt. Für den GVV Burgenland mit dabei, die beiden LGFs Herbert Marhold und Patrick Hafner.

Foto: GVV Burgenland

GVV-Treffen in Leoben zur Vorbereitung auf die Wahlen 2027

Ende November fand in Leoben ein Vernetzungstreffen der Gemeindevertreterverbände aus der Steiermark, Oberösterreich, Kärnten und dem Burgenland statt. Vertreterinnen und Vertreter aus allen vier Bundesländern nutzten die Zusammenkunft, um sich über aktuelle Herausforderungen in der Kommunalpolitik auszutauschen und erste gemeinsame Strategien für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2027 zu entwickeln.

Im Mittelpunkt des Treffens standen einerseits die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und andererseits der Wissensaustausch über erfolgreiche kommunalpolitische Projekte. Die Teilnehmer*innen waren sich einig, dass die Zukunft der Gemeinden mehr denn je von guter Vernetzung, gemeinsamer Planung und gegenseitiger Unterstützung abhängt.

Das Vernetzungstreffen bot den idealen Rahmen, um Erfahrungen zu teilen, voneinander zu lernen und gemeinsame Ziele zu



Beim Vernetzungstreffen in Leoben: Lukas Russ (OÖ), Herbert Marhold, Gernot Leskovar (Stmk.), Julia Leitold (Stmk.), Markus Bleiweiss (Ktn.), Peter Sponner (Stmk.) und Patrick Hafner

Foto: GVV Burgenland

definieren. Die organisierenden Gemeindevertreterverbände betonten die Bedeutung einer starken, überregionalen Zusammenarbeit – gerade mit Blick auf die anstehenden Wahlen.

Die Gespräche sollen in den kommenden Monaten intensiv fortgeführt werden. Ziel ist es, bis 2027 gut vorbereitet und geschlossen aufzutreten, um in den Gemeinden weiterhin erfolgreich gestalten zu können.

Transparenz und Targeting politischer Werbung – Gemeinden betroffen?

Die Einmischung von Drittstaaten in europäische Wahlen hat zu einer Verschärfung der Transparenzregeln für die Wahlwerbung geführt. Davon sind grundsätzlich auch Mandate auf kommunaler Ebene betroffen, nicht aber die Gemeinde als Behörde.

Seit Anfang Oktober ist die EU-Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung in Kraft und sie betrifft auch Gemeindemandatare. Ziel der unmittelbar anwendbaren Verordnung ist es, politische Einflussnahme aus Drittstaaten, nicht-nachvollziehbare Wahlkampffinanzierung und nicht als Wahlwerbung gekennzeichnete entgeltliche Medienpräsenz transparent zu machen. Versuche ausländischer Einflussnahme auf europäische Wahlen sind keine Seltenheit mehr, mit empfindlichen Sanktionsdrohungen sollen Werbeagenturen, Plattformen und Herausgeber verpflichtet werden, Wahlwerbung als solche zu kennzeichnen und Auftraggeber sowie Finanzströme offen zu legen.

Die Auftraggeber politischer Werbung, müssen den beauftragten Dienstleistern gegenüber erklären, dass es sich bei dem entsprechenden Werbeauftrag um politi-

sche Werbung handelt. Bei Unterlassung dieser Erklärung, drohen auch der Politik Verwaltungsstrafen bis zu 50.000 Euro. Das beauftragte Unternehmen muss eine Reihe von Transparenz-, Offenlegungs- und Aufzeichnungspflichten erfüllen. Jede politische Werbung muss klar als solche gekennzeichnet sein und zwar unabhängig vom gewählten Verbreitungsmedium.

Die Gemeinde selbst ist von dieser Verordnung nicht betroffen. BürgermeisterInnen, politische Parteien und MandatarInnen (aktiv und in spe) sehr wohl, wenn sie im Wahlkampf auf professionelle Dienstleister zurückgreifen.

BürgermeisterInnenbriefe, die ausschließlich der Information dienen, sind von der Verordnung nicht erfasst. Die Bewertung erfolgt im Einzelfall, es ist aber davon auszugehen, dass Informationsschreiben über Vorgänge in der Gemeinde keine Wahlwerbung darstellen. Sollten sie in zeitlicher Nähe zu Gemeinderats-, Landtags- oder Nationalratswahlen veröffentlicht werden und Wahlwerbung oder Wahlempfehlungen enthalten, wäre das jedoch anders zu beurteilen und zur Sicherheit entsprechend zu kennzeichnen.

Konsultation zum Vergaberecht

Mitte 2026 wird die EU-Kommission einen Revisionsvorschlag für das europäische Vergaberecht vorlegen. Aktuell läuft die zweite öffentliche Konsultation, wo auch Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Meinung äußern sollten.

In der aktuellen, vorwärtsgewandten Konsultation werden Meinungen zur geplanten Revision des öffentlichen Auftragswesens eingeholt. Rückmeldungen der Gemeinden und anderer öffentlicher Auftraggeber sind dabei besonders wichtig, da erfahrungsgemäß nicht nur die Qualität, sondern auch die Quantität der Konsultationsbeiträge bewertet wird.

Der Gemeindebund wird sich auch in dieser Konsultation für eine Vereinfachung und

Flexibilisierung der Richtlinien, die Erhöhung der Schwellenwerte, die Absicherung des Inhouse-Privilegs und eine praxistaugliche Ausnahmeregelung für interkommunale Zusammenarbeit aussprechen.

Beteiligen kann man sich mittels freier Eingabe und Hochladen von Positionspapieren auf Deutsch sowie durch Beantwortung eines multiple-choice Fragebogens (https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/PP_IA_2025) auf Englisch. Dieser richtet sich an ExpertInnen, die über Erfahrung mit Beschaffungen im EU-Oberschwellenbereich verfügen, u.a. sind die Sinnhaftigkeit strategischer Ziele, wirksame Vereinfachungsmaßnahmen und Maßnahmen zur besseren KMU-Beteiligung zu beurteilen.



EU-Herbstprognose bestätigt düstere Aussichten

Die Ende November veröffentlichte wirtschaftspolitische Vorausschau der EU-Kommission für 2026 analysiert die wirtschafts- und fiskalpolitische Entwicklung aller 27 Mitgliedstaaten und die Bewertung Österreichs ist vor allem für 2026 doch sehr düster. Hohe Inflation, relativ hohe Arbeitslosigkeit, gebremste Investitionstätigkeit, steigende Staatsverschuldung – bei allen Indikatoren mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit befindet sich Österreich über dem Durchschnitt des EU- und Euroraums.

Es wird zwar anerkannt, dass die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen ab 2026 zu greifen beginnen, die steigenden Gesundheits- und Pflegekosten könnten diese Einsparungen aber wieder auffressen. Daher ist zu erwarten, dass die länderspezifischen Empfehlungen im Frühjahr wieder auf eine Reform des Gesundheits- und Pflegewesens drängen werden. Die hohen Kosten der stationären Pflege wurden bereits in der Vergangenheit thematisiert, die EU-Kommission will EU-Förderungen ab 2028 auch stärker in jene Bereiche lenken, wo ihrer Meinung nach Reformbedarf besteht.

Dramatisch sind die Zahlen aus der Wirtschaft, wonach die Exporte in die USA im ersten Halbjahr 2025 um 14% zurückgegangen sind und die Investitionsbereitschaft erst 2026 wieder steigen wird. Auch der rückläufige Wohnbau dürfte erst 2026 wieder leicht zulegen.



Neues SPÖ-Bezirksbüro in Walbersdorf eröffnet. Anfang Dezember wurde im Mattersburger Stadtteil Walbersdorf das neue Bezirksbüro der SPÖ des Bezirks Mattersburg feierlich eröffnet. Zahlreiche Mitglieder sowie Funktionärinnen und Funktionäre nutzten die Gelegenheit, die modernen Räumlichkeiten kennenzulernen und sich in gemütlicher Atmosphäre auszutauschen. Bezirksgeschäftsführerin Steffi Fürst freute sich über den großen Zuspruch und konnte viele Gäste im neuen Büro begrüßen. Alle Mitglieder, Funktionärinnen und Funktionäre der SPÖ waren eingeladen, gemeinsam einen angenehmen Nachmittag zu verbringen und das neue Zuhause der Bezirksorganisation erstmals zu erleben. Die Veranstaltung bot dabei nicht nur die Möglichkeit, das Bezirksbüro zu besichtigen, sondern auch, in ungezwungener Runde miteinander ins Gespräch zu kommen und sich über aktuelle Themen auszutauschen. Das neue Büro am Anger 1 soll künftig als zentrale Anlaufstelle für Mitglieder sowie für Bürgerinnen und Bürger dienen. Mit der Eröffnung setzt die SPÖ im Bezirk Mattersburg ein sichtbares Zeichen für Nähe, Service und persönliche Ansprechpartner vor Ort.

Foto: SPÖ Bezirksorganisation Mattersburg



SPÖ Bezirksorganisation OP: Brenner neue Geschäftsführerin

Mit Anfang November übernahm Santina Brenner aus Oberloisdorf die Bezirksgeschäftsführung der SPÖ Bezirksorganisation Oberpullendorf. Sie folgt auf den bisherigen Bezirksgeschäftsführer Patrick Brenner, der künftig die Funktion als Organisationsleiter in der Landesorganisation übernimmt. Unterstützung erhält Brenner von Johanna Ranz aus Ritzing, die als Assistentin fungiert.

Landesrat Heinrich Dorner und Landtagsabgeordneter Bürgermeister Roman Kainrath gratulierten Santina Brenner und Johanna Ranz zu ihrer neuen Aufgaben.

Foto: GVV Burgenland

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt GmbH,
Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M